

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 27/3 (2000)

DOI: 10.11588/fr.2000.3.61956

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

gemeinsame Politik im Auge hatten, entwickelten sie schnell ihre eigene Politik im Medienbereich. Das Medium Film diente meistens als Propagandamittel. Die Großmächte versuchten ihr Image, das die Nazis in ihren Filmen propagierten, zu ändern.

Die amerikanisch-britische Kooperation wollte eine neue deutsche Filmlandschaft kreieren, sie testete die Reaktion der deutschen Bevölkerung. Sie legte Wert auf regelmäßige Informationen über die Alliierten als »Mentoren der Gerechtigkeit«, den demokratischen Wiederaufbau, die Nahrungsmittelversorgung. Mit der Zeit kamen die Pläne zu einer Privatisierung.

Die Franzosen hingegen sahen im Filmbereich die Möglichkeit besserer Absatzchancen. Ab August 1945 wurde eine deutsche Ausgabe der »Actualités Françaises« und eine eigenständige Ausgabe für das Saarland vertrieben. Paris kontrollierte die Medienpolitik, und die Militärverwaltung verfügte über sehr gute Geschäftskontakte mit der sowjetischen Besatzungszone (Rohfilmmaterial wurde gegen industrielle Güter getauscht). Da aber die deutsche Bevölkerung diese Art von Wochenschauen nicht mochte, kam 1947 »Blick in die Welt« in die deutschen Kinos. Durch die Personalstruktur war es leicht zu verstehen, daß die militärische Besatzungsmacht auf ihre Einflußnahme nicht verzichtete. Es gab keine Pläne einer Privatisierung.

Im Vergleich zu den anderen Zonen war die sowjetische Besatzungszone die bestversorgte im Medienbereich, da die zahlreichen Filmstätten in und um Berlin beschlagnahmt wurden (Kriegsbeuterecht). Die Bildung des »Filmaktivs« ermöglichte die Schaffung der ersten Ausgabe des »Augenzeugen« ab Februar 1946, welcher in den Theaterkinos der SBZ vertrieben wurde. Aber erst ab August 1946 wurde ein Erscheinungsrhythmus gewährleistet. Die Gründung der DEFA ermöglichte einen offenen politischen Kurs im Filmbereich. Dann wurde sie in eine sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft für Herstellung, Vertrieb und Verleih von Filmen aller Art umgewandelt. Die Wochenschauen zeigten das Leben in der SBZ und in Berlin und versuchten autark zu arbeiten. Die Verbindung DEFA und SED wurde vertraglich festgelegt. Die gewisse Themenfreiheit der Anfänge verschwand. Die Wochenschau wurde auf Leben und Arbeit der Kulturschaffenden beschränkt. »Der Augenzeuge« unterschied sich durch einen statischen Kamerastil und durch seine Kommentare (Verwendung sozialistischer Begriffe). Die Hauptthemen waren Werktätige, Kinder und Jugendliche, Wiederaufbau und der Arbeiter mit »schaffenden Händen« als Held.

Obwohl die Autorin wissenschaftlich vorgeht, ist der Aufbau ihrer Arbeit unausgeglichen. Dem Titel nach erwartet man einen »Beitrag zur Diskussion um den Film als historische Quelle«, in dem die Wochenschauen der verschiedenen Zonen wissenschaftlich ausgewertet werden und weniger Beschreibungen von Institutionen und deren Entwicklung. Leider umfaßt der praxisorientiert erhoffte Teil nur 17 Seiten im zweiten Kapitel ohne die im Anhang befindlichen Drehablaufpläne. Definitionen nehmen im ersten Kapitel einen größeren Platz ein als das Kernthema.

Laurence COMBES, Strasbourg

Jürgen KLÖCKLER, Abendland – Alpenland – Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947, München (R. Oldenbourg) 1998, VI–311 S. (Studien zur Zeitgeschichte, 55).

In der frühen Nachkriegszeit wucherten in Baden und Württemberg föderalistische Konzepte. Jürgen Klöckler ist diesen bisher nur teilweise bekannten Ideen in zahlreichen Archiven minutiös zu Leibe gerückt. Zunächst wird aber die Militärorganisation Frankreichs in Südwestdeutschland untersucht. Der Vf. arbeitet die chaotischen Verhältnisse in der Besatzungsverwaltung heraus, die der Vorliebe und dem Engagement einzelner Beauftragter bei der Förderung politischer Initiativen Raum ließen. Am wichtigsten war der hinlänglich vertraute Gegensatz zwischen dem Zivilverwalter Laffon und dem militärischen

Oberkommandierenden General König: der erste wollte die traditionellen Länder in einen deutschen Staatenbund einbringen, der letzte dachte an eine süddeutsche Konföderation.

Von den im Titel genannten drei Kategorien präsentiert Klöckler zuerst das Abendland-Modell einer Freiburger Gruppe um Josef Ruby, die darunter die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa in enger Verbundenheit mit Frankreich und auf katholischer Grundlage verstand. Von lokalen französischen Amtsträgern unterstützt, geriet die Vereinigung Abendland bei der Bevölkerung »in den Geruch des ›Separatismus‹« (S. 89). Auch einige geistesverwandte Zeitschriftenprojekte und die Ideenwelt des schwäbischen Adels werden in diesem Kontext behandelt. Die Alpenland-Bewegung kreist um die Person des Singener Bürgermeisters Bernhard Dietrich. Ihm schwebte vor, Österreich, Liechtenstein, Teile Bayerns, Schwaben sowie möglichst die Schweiz zu einer *Union alpine* zu verschmelzen. Sie sollte Kern eines christlichen Abendlandes werden und beruhte auf stämmischem Denken. Der Konstanzer Stadtarchivar Otto Feger wiederum kämpfte in seinem Buch »Die Schwäbisch-Alemannische Demokratie« für einen weitgehend autonomen schwäbischen Staat, der Baden, Württemberg, Hohenzollern und Bayerisch-Schwaben umfaßte. Es sollte ein dezentrales Gebilde mit ausgedehnten Mitwirkungsrechten der Bürger entstehen.

Für die Parteien ergibt sich folgender Befund: Badische Christlich-Soziale Volkspartei und CDU zeigten eine gewisse Affinität zu den autonomistischen Konzeptionen, beispielsweise Lorenz Bock; die Liberalen hatten einzelne Sympathisanten in ihren Reihen, namentlich Otto Gönnerwein; die SPD lehnte diese Tendenz ganz überwiegend und die Kommunisten vollständig ab.

Klöckler versucht eine Ehrenrettung der Pläneschmieder in der »Stunde Null«. Er tut dies dezent und unaufdringlich, indem er auf die ungeklärten Verhältnisse der Zeit und die zumeist einwandfreie Haltung der Autoren im Dritten Reich verweist. Dennoch wird man seinen Argumenten nicht in jeder Hinsicht folgen können. Er bestreitet die Marginalität dieser Erscheinungen, die die Forschung vielfach postuliert hat. Klöckler kann freilich nicht leugnen, daß die Öffentlichkeit selbst von Fegers »Schwäbisch-Alemannischer Demokratie« kaum Notiz genommen hat. Es gelingt ihm hingegen zu zeigen, wie dieses wichtigste autonomistische Werk immerhin von Gebildeten rezipiert, allerdings häufig auch verworfen wurde. Der Vf. weist nur vorsichtig auf den Rassismus-Vorwurf hin, der in »Le Monde« den schwäbischen Staatsambitionen gemacht wurde (S. 169) auch der Leitende Archivar des Sigmaringer Staatsarchivs, Franz Herberholz, beklagte die »Suebomanie« Fegers, was in einer Fußnote verschwindet (S. 204, Anm. 205). War es aber nicht wirklich bedenklich, wenn der Archivar die politische Entmündigung aller »Nicht-Schwaben« anregte? (S. 179) Am Beispiel Fegers zeigt sich auch der fließende Übergang zum Separatismus, einem Begriff, den Klöckler wegen seiner negativen Konnotation nicht schätzt (S. 9f.). Dennoch ist der separatistische Charakter mancher Projekte unübersehbar, während andere einen deutschen Einheitsstaat zumindest einkalkulierten. Klöckler bezweifelt in den meisten Fällen, daß die Föderalisten im Einklang mit der französischen Besatzungsmacht gehandelt hätten. Dies mag häufig zutreffen, doch sollte die ungewollte Begünstigung der französischen »Dezentralisierungspolitik« nicht außer acht gelassen werden.

Fatal für die Föderalisten aller Schattierungen war die Pariser Sorge vor einer Zerschlagung Österreichs, die nicht zugelassen werden sollte. Dies und die gelegentliche Einbeziehung des Elsaß waren für die Regierung de Gaulle Anlaß genug, stammesbezogene Pläne zu verwerfen. Frankreich legte den Akzent auf eine Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg. Der im südwestdeutschen Raum vorhandene Nährboden für Antiborussismus ist sicherlich erwiesen, vor dessen Überschätzung gleichwohl zu warnen. Die gewählte begriffliche Trias hat zudem eine gewisse Künstlichkeit: Die Föderalisten waren generell für die Vereinigten Staaten von Europa, für alemannische Staatsgrundlagen und eine Abkehr vom Nationalstaat auf preußisch-kleindeutscher Grundlage. Ist es nicht bezeichnend, daß Alpenland-Protagonist Bernhard Dietrich *spiritus rector* des »Schwäbisch-Alemannischen

Heimatbundes« war? Man wird den fleißigen Recherchen des Vfs. nicht zu nahe treten, wenn man feststellt, daß die von ihm zusammengestellten Konstrukte letzten Endes von begrenzter historischer Relevanz waren und deren exakte Kenntnis höchstens regionalgeschichtlich unentbehrlich erscheint. Die bedeutenderen Köpfe Badens und Württembergs ließen sich von extravaganten Neugliederungssillusionen nicht verlocken, ganz gleich, ob sie Theodor Eschenburg, Carlo Schmid, Reinhold Maier oder Gebhard Müller hießen.

Herbert ELZER, Andernach

Wolfgang HARRES, Sportpolitik an der Saar 1945–1957, Saarbrücken (SDV) 1997, 342 S.

Während die Sportbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR rege Aufmerksamkeit gefunden haben, ist die kaum minder brisante saarländische Sportgeschichte der Hoffmann-Zeit bislang stiefmütterlich behandelt worden. Diesem Defizit hat der Saarbrücker Sporthistoriker Harres in eindrucksvoller Manier abgeholfen. Es gelingt Harres, in seinem viele Sportarten berücksichtigenden und dank farbiger Faksimiles zu einem Augenschmaus avancierenden grundlegenden Werk die massive Indienstnahme des saarländischen Sports für die staatspolitischen Ambitionen der damaligen Machthaber nachzuweisen. Dies begann mit der französischen Militärregierung, die zur besseren Kontrolle integrierende Omnisportvereine verlangte und mit Bürokratisierungsvorschriften oder gar durch gezielte Intervention dafür sorgte, daß im Zeichen der »pénétration culturelle« allenthalben loyale Anhänger des separaten, an Frankreich angelehnten Saarstaates die Funktionärsposten erlangten (S. 39ff., 44). Ein »Landessportausschuß« wurde 1946 als linientreue Überwachungsinstanz unter Hans Helmer konzipiert, bei der demokratische Prinzipien nur auf dem Papier standen (S. 44ff.). Das als »militaristisch« und »nationalistisch« verschrieene Turnen blieb eine Zeitlang verboten; später erwiesen sich diese Sportler tatsächlich als besonders widerspenstig gegenüber autonomistischen Steuerungsbestrebungen. Der partielle Übergang der Macht auf saarländische Instanzen – die dem Hohen Kommissar Grandval nicht zuwiderhandeln durften oder wollten – ging nicht mit einer durchgreifenden Liberalisierung einher. Das saarländische Vereinsgesetz von 1948 gewährte vorsichtshalber nicht das Recht auf freie Vereinsgründung und behielt straffe Kontrollmechanismen bei (S. 81 ff.); eine Neufassung von 1950 änderte nichts Entscheidendes (S. 130ff.). Im lukrativen Sporttoto sicherte sich die Saarregierung die Verfügung auch über den Teil des Erlöses, der der Förderung des Sports zugedacht war (S. 134ff., 180ff.).

Gilbert Grandvals Projekt der »Affiliation«, d. h. der Anbindung an den jeweiligen französischen Sportverband, stand infolge der breiten Ablehnung in französischen Funktionärskreisen unter einem ungünstigen Stern, wie das mißlungene Aufnahmebegehren des Landessportausschusses in das »Comité National des Sports« vom November 1947 lehrt (S. 59ff.). Anlässlich des »auf eine romanisch orientierte kulturelle Identität« ausgerichteten französisch-saarländischen Kulturabkommens von 1948 bat die Saarregierung den Landessportverband am 15. 6. 1949 geschlossen um intensive Affiliationsbemühungen: eine Einflußnahme, die »in der Sportgeschichte ohne Beispiel« ist (S. 86f.). Pikanterweise führte der Widerstand des elsässischen Fußballverbandes dazu, daß die Einbindung saarländischer Clubs in der populärsten Sportart fehlschlug. Daraufhin mußte der Saarländische Fußballverband trotz intensiven Engagements seitens des Vorstands eine empfindliche Schlappe einstecken, denn auf seinem Landestag in Sulzbach sprachen sich am 17. 7. 1949 67 Prozent der Delegierten gegen die Affiliation aus (S. 91ff.); dies läutete ihr Ende ein.

Die Saarregierung erkannte schnell, wie sehr sie ihr Image durch sportliche Erfolge und den Beitritt zu internationalen Verbänden aufpolieren und somit das Scheitern der ohnehin annexionistisch anmutenden »Affiliation« wettmachen konnte. Um des sportlichen Überlebens willen mußte gleichzeitig eine Öffnung zu Westdeutschland betrieben werden. Deren